

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bietestjährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Erich-Dombrowski)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 26 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 22.

Berlin, Mittwoch, 22. April 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Die Jubiläumstagung des evangelisch-sozialen Kongresses. — 15. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter. — 10. Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Bäcker und Konditoren. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

## Die Jubiläumstagung des evangelisch-sozialen Kongresses.

Wenn eine Organisation auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann, pflegt sie ein Fest zu feiern und sich des Erreichten zu freuen. Auch der evangelisch-soziale Kongress, der in der vorigen Woche zu Nürnberg tagte, hatte Anlaß dazu? Denn auch er hat nun schon das erste Vierteljahrhundert hinter sich. Aber die Freude war nur gedämpft, und auf der Tagung ging es stiller als sonst zu. Ja, Professor D. Baumgarten, der Vorsitzende, gab in seiner Eröffnungsrede sogar zu, daß der Kongress älter und damit zurückhaltender geworden sei. Manche brennenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen seien im Verlaufe des vergangenen Jahres aufgetaucht, und man habe keine Stellung dazu genommen. Nur dreierlei sei in diesem Zusammenhange genannt: Die päpstliche Enzyklika zur christlichen Gewerkschaftsfrage, die Fragen des Schutzes der Arbeitswilligen und der Arbeitslosenversicherung. Wenn man wolle, so sehe das noch einer Erklärung für unsere Ohnmacht aus. „Ueberall“, fuhr er fort, „machen wir die Erfahrung, daß auch in den scheinbar einfachsten Dingen, die für das Wohlbefinden der Christen so wichtig und klar liegen, Fußangeln der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Technik verborgen sind, die man gar nicht ahnen konnte.“

In diesem Eingeländnis, das Beste zu wollen, aber doch zur Ohnmacht verurteilt zu sein, liegt eine gewisse Tragik, die Tragik des Ideologen. Und den Herren des evangelisch-sozialen Kongresses ist ja schon häufig der Vorwurf der Weltfremdheit gemacht worden. Von allem tief darauf meist die Kritik hinaus, die von Arbeitgeberseite kam. Aber man soll doch auch das hohe sittliche Empfinden, das diesen Kongress seiner Zeit entlehnte und ihn selber leitete, nicht gar zu niedrig einschätzen. Im letzten Grunde gehört zu aller Sozialpolitik eine unermüdliche Vorarbeit, die die Ideen ausbreitet und sie dann rafflos weiter und weiter verbreitet, bis sie so weit Allgemeingut geworden sind, daß sie in die Tat umgesetzt werden können. Daß hierbei sittliche Mächte eine große, ja die führende Rolle spielen, liegt auf der Hand. Und so fiel eigentlich dem evangelisch-sozialen Kongress die Aufgabe zu, dem Volke mit neuen sozialen Ideen und Forderungen voran zu schreiten und den Weg für die soziale Tat zu ebnen. Diese Aufgabe erfüllte der Kongress jedoch leider nur in sehr beschränktem Maße, eigentlich bloß nebenbei, und begnügt sich in der Hauptache damit, die bereits brennenden sozialen Fragen auch seinerseits kritisch zu würdigen. Durch diese stark passive Haltung hat er sich bis zu gewissem Grade selbst zu jener Ohnmacht verurteilt, über die Professor Baumgarten so resigniert sprach.

Zunehmend ganz ohne Ertrag war auch die Jubiläumstagung des Kongresses nicht. Der gute Wille, vorwärts zu schreiten und seine Stimme für soziale Notwendigkeiten zu erheben, fehlte auch diesmal nicht. Wenn wir nun des Näheren kritisch auf die Verhandlungen eingehen, wollen wir, getreu der Tendenz der Deutschen Gewerkevereine,

alle religiösen Fragen, die selbstverständlich auf diesem Kongresse einen breiten Raum einnahmen, ausschalten, auch die gewiß interessanten Aussprüche über die afrikanische Eingeborenenfrage übergehen und uns nur auf die sozialen Fragen beschränken.

In dem ersten Referate ging Professor Baumgarten auf die Folgen der Industrialisierung unseres Volkes ein. Er war der Ansicht, daß sich darin ein Naturgesetz vollziehe, dem man sich nicht entgegen stellen solle. Wohl aber könne man der Landflucht durch eine weitgehende innere Kolonisation abhelfen. Dazu müsse eine Besserung unserer Wohnungsverhältnisse und ein neues Arbeiterrecht hinzutreten. Das sind keine neuen Gedanken, auch wenn sie aus der christlichen Sittenlehre heraus begründet werden. Wichtiger erscheint mir das Problem, umgekehrt gestellt. Wie ist bei der zunehmenden Industrialisierung das Volk zu entstadtbilichen? Das heißt, was haben wir zu tun, um die immer größere Konzentrierung der Industrie und die Zusammenballung der Arbeiter in den Städten im Interesse der Gesundheit des Einzelnen und des ganzen Volkes auszugleichen? Was haben wir zu tun, um den Arbeiter aus der Enge der ungesunden großstädtischen Mietskasernen zu befreien und ihn wieder in nähere Berührung mit der Natur zu bringen? Das ist die Wohnungsfrage, erweitert zu einer Besitz- und Verteilungsfrage. Wir müssen die Städte allmählich nach englischem Vorbilde umgestalten, dem kleinen Eigenbesitz, dem Einfamilienhause draußen im Weichbilde der Stadt, auch für den Arbeiter, größeren Raum schaffen und durch billige Verkehrsgelegenheiten ihm die Möglichkeit, „draußen“ zu wohnen, nach jeder Richtung hin erleichtern. Viel versprechende Anfänge sind auch schon gemacht, vor allem im Rheinlande. Und eine umfangreiche innere Kolonisation muß den immer neuen Zufluß der lohnbrüchigen Landarbeiter in die Stadt versiegen lassen. Dem Landarbeiter muß bei einigem Vorwärtstreben die Möglichkeit offen stehen, sich auch einen Besitz, eine Scholle zu erwerben. Wir müssen also das ganze Wohnungsproblem weiter fassen. Davon war aber auf dem Kongress wenig zu hören. Auch in der Aussprache nicht, die auf das Referat folgte. Nur, daß dankenswerter Weise ein Pastor, vom Vaterunser ausgehend, verlangte, daß sich die Kreise auch um die Arbeitslosenversicherung und die nationale Einheitschule kümmern.

Der eigentliche Schwerpunkt des Kongresses lag erst in den Verhandlungen des letzten Tages. Außerhalb der Tagesordnung wurde zunächst eine Entschließung angenommen, in der sich der Kongress zu dem Ziele vollkommener Sonntagsruhe bekennt. „Die Durchführung der vollen Sonntagsruhe erwartet der evangelisch-soziale Kongress“, heißt es am Schlusse der Resolution, „in letzter Linie nicht von einer gesetzlichen Regelung sondern von einer Stärkung des sozialen Verantwortlichkeitsgefühls, das den Einzelnen hindern muß, am Sonntag über das unerlässliche Maß hinaus fremde Zeit und fremde Arbeitskraft für sich in Anspruch zu nehmen.“

Und dann folgte ein interessanter Vortrag Professor Waldemar Zimmermanns über das aktuelle Thema „Zwang und Freiheit im Organisationsleben“. Wie er diese viel umstrittene Frage nach allen Seiten hin beleuchtete, wie er ergänzend ganz objektiv auch die Rechte der Medaille zeigte und auf den vielfachen Terrorismus der Unternehmer hinwies und wie entschieden ferner die darauf folgende Debatte sich gegen Ausnahmegesetze wider die Ar-

beiter-Organisationen zum angeblichen Schutze der Arbeitswilligen wandte und sogar von der sittlichen Kraft des Streiks sprach, die in der Solidarität des Arbeiters mit seinen Arbeitskollegen zum Ausdruck komme — das alles war recht erfreulich und hob die Verhandlungen auf ein hohes sittliches Niveau. An diesen Stimmen, die ohne alles Eigen- oder Klasseninteresse so eindringlich vor einem Arbeitswilligen-Gesetz warnen, wird die große Öffentlichkeit, werden die führenden politischen Kreise nicht achtlos vorbeigehen dürfen.

Von einem strafrechtlichen Schutze der Arbeitswilligen versprach sich Professor Zimmermann keine Abhilfe gegen Ueberspannungen und Verirrungen des Organisationszwanges. Wohl aber, meinte er, dürfte Abhilfe zu schaffen sein durch gesellschaftliche Erziehung und Aufklärung, Autorität guter Führer, Aufhebung der Persönlichkeiten im Verbandsleben gegen die Verbandsfunktion und nötigenfalls auch durch Konkurrenzorganisationen der Minderheit. Weiter durch Abwehrorganisationen derjenigen, gegen deren Interessen sich der Organisationszwang richtet, durch öffentliche Kontrolle und Kritik, etwa indem der Staat einen Veröffentlichungszwang für Organisationsakte einführt und schließlich durch Verstaatlichung oder Umwandlung der übermächtigen privaten Organisationen in öffentliche Zwangsorganisationen für alle Beteiligten ohne Ausnahme (vergleiche die Zwangsinnungen der Handwerker. D. B.). Hierher gehöre die Ersetzung der Trusts und Kartelle durch Staatsmonopole, die Errichtung von Arbeitskammern, Lohnrätern und Zwangsschiedsgerichten statt freier Organisationen.

In der Debatte wurde der häufige Zwang der Unternehmer scharf gemißbilligt, die Arbeiter zum Beitritt zu den gelben Gewerkschaften zu veranlassen. Dieser Zwang sei das Verwerflichste, was man sich denken könne, weil er ausgeübt werde unter dem Motto: „Stochsäge auf den Mogen.“ In seinem Schlüsselwort sagte Professor Zimmermann, es sei ein Miß der Entwicklung, daß die gelben Gewerkschaften, die gegründet seien als ein Gegengewicht gegen den Zwang der freien Gewerkschaften, dazu haben übergehen müssen, ihre Anhänger zu zwingen, sich den Herrschaftsorganisationen der Unternehmer zu unterwerfen!

Dann wurde die Tagung mit den üblichen Dankesworten geschlossen. Zu wünschen wäre, daß der Kongress in seinem neuen Lebensabschnitte sich wieder mehr seiner Jugendzeit erinnere, jener neunziger Jahre, als er so entschieden und mutig eintrat für alle die vortwärtsdrängenden sozialen Ideen. Sei er dem deutschen Volke der Bahnbrecher für weitere Sozialreformen aus ethischer Notwendigkeit.  
Erich Dombrowski-Beipzig.

## 15. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter.

(Schluß.)

Am Nachmittage des ersten Verhandlungstages hielt Hauptgeschäftsführer Reichelt einen etwa 1 1/2stündigen Vortrag über das Thema: „Der freie Sonnabendnachmittag in der Textilindustrie. Die lichtvollen, erschöpfenden Ausführungen fanden reichen Beifall, doch verächtete man, um den Eindruck nicht abzuschwächen, auf eine Besprechung. Folgende Entschließung kam einstimmig zur Annahme:

„Die 15. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter G.-V. Ostern 1914 in Berlin, erklärt:

Die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie ist eine zwingende Notwendigkeit. Dies ergibt sich aus der intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft durch immer schnellerlaufende Maschinen und rationelle Arbeitsteilung. Die Gesundheit der Textilarbeiter, insbesondere der Arbeiterinnen leidet in erheblichem Maße darunter. Die Ueberanstrengung namentlich der weiblichen Arbeitskraft, führt frühzeitig zur Zerrüttung des Nervensystems und Siedtum. Im Interesse des Volkswohls und der Volkswirtschaft ist es deshalb gelegen, daß der Sonnabend-Nachmittag frei gegeben wird, um den Textilarbeitern im allgemeinen Gelegenheit zu geben, sich mehr mit den häuslichen Verpflichtungen zu beschäftigen und der Familie sich widmen zu können. Zur weiteren Durchführung großer sozialpolitischer Aufgaben, wie die Sonntagsruhe im Handwebgewerbe, ist der Mittagszuschuß an den Sonntagsruhen in den Textilbetrieben Vorbedingung.

Um der Textilindustrie eine elastische und leistungsfähige Arbeitskraft und dem Staate eine gesunde, fortpflanzungsfähige Bevölkerung zu erhalten, ist eine gesetzliche Regelung des freien Sonnabend-Nachmittags, wie diese auch in einer Eingabe des Zentralrats der Deutschen Gewerkschaften vom Dezember 1918 an den Bundesrat und Reichstag gefordert wird, unbedingt geboten.

Die von den Arbeitgebern zu erwartenden Einwendungen, sind nach den gemachten Erfahrungen in Amerika, England, Frankreich und auch durch die freiwillige Einführung in einer großen Anzahl Betriebe in Deutschland, als gegenstandslos zu betrachten. Die Generalversammlung richtet an alle Mitglieder, sowie an die gesamte Textilarbeiterchaft das Ersuchen, die Forderung auf Freigabe des Sonnabend-Nachmittags mit aller Energie zu vertreten.

Im Anschluß hieran kam noch nachstehende, das Koalitionsrecht betreffende Entschlie-ßung ebenfalls einstimmig zur Annahme:

„Die 11. ordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts der Deutschen Textilarbeiter erachtet in der Forderung des „Partells der schaffenden Stände“ und der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ auf Erhöhung des Arbeitslohnschutzes einen unbedingten Angriff auf das Koalitionsrecht des Arbeiters. Sie wendet sich mit aller Schärfe gegen ein Verbot des Streikpostens durch strafpolizeiliche Verordnungen und gegen die beabsichtigte Verschärfung des Strafgesetzes, um Streikausreitungen und den gewerkschaftlichen Terrorismus zu dämpfen. Diese Maßnahmen sind durchaus nicht geeignet, ihren Zweck zu erfüllen, sondern werden von der Arbeiterchaft als Ausnahmegericht empfunden. Die jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen reichen vollkommen aus, Auswüchse im Gewerkschaftsleben energisch zu bekämpfen, was durch eine große Anzahl Gerichtsurteile bewiesen wird.“

Die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften müssen aber das größte Interesse daran haben, den weitestgehenden Teil der Bevölkerung vor einer Beschnidung ihrer gesetzlichen Rechte zu schützen und darauf bedacht sein, das Koalitionsrecht soweit auszubauen, daß es den heutigen Anforderungen Rechnung trägt. Dies kann geschehen durch:

1. Schutz der Arbeiter gegen Maßnahmen der Arbeitgeber, das Koalitionsrecht der Arbeiter durch schwarze Listen, Behinderung in der freien Ausübung, Zwangsbeitritt zu den gelben Verbänden usw., illusorisch zu machen;

2. die Reform des Arbeitsrechts im Sinne der vom Verband der Deutschen Gewerkschaften angenommenen Forderungen;

3. Erklärung, daß das Streikpostenrecht ein im wirtschaftlichen Kampfe erlaubtes Mittel ist, welches nicht durch polizeiliche Schranken eingegrenzt werden darf;

4. Schaffung eines Reichsvereinigungsamtes und gesetzliche Regelung der Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Generalversammlung gibt die Ueberzeugung Ausdruck, daß der wirtschaftliche Friede nur gewahrt wird durch soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“

Es folgte nun die Beratung und Beschlußfassung über die zum Statut eingegangenen Anträge. Hieraus ist folgendes hervorzuheben: Rinnfing dürfen Einzelmitglieder nur da aufgenommen werden, wo kein Ortsverein der Textilarbeiter besteht. Aus anderen Verbänden übergetretene Mitglieder erhalten erst Anrecht auf die statutarischen Unterstufungen, wenn seit dem Uebertritt mindestens für fünf Wochen Beiträge gezahlt worden sind. In besonderen Fällen kann der Hauptvorstand auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Unterstufungsstufe bei Arbeitslosigkeit, Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen wurden eingehend beraten und teilweise anders festgelegt; sie übersteigen durchweg die Unterstufungsstufe der anderen Textilarbeiterverbände und sichern die Mitglieder des Gewerkschafts vor großer Notlage. Bei Ausbruch von Lohnstreiks und Streiks hat der Hauptvorstand sofort energisch einzutreten und ferner erforderlichenfalls unter Einziehung der auswärtigen Hauptvorstandsmitglieder die Erhebung von regelmäßigen oder vorübergehenden außerordentlichen Beiträgen zu beschließen und auszuführen. In den

Debatten kam wiederholt entschieden zum Ausdruck, daß der Gewerkschaft eine Kampfsorganisation und nicht eine Unterstufungsorganisation ist. Allen Ortsvereinen wurde, so weit dies noch nicht geschehen, die Gründung von Lokalkassen, aus denen örtliche Ausgaben bestritten, Notstandsunterstützungen gezahlt und bei Arbeitslosigkeit und Streiks Zuschüsse gewährt werden sollen, zur Pflicht gemacht. Müssen Mitglieder auf Material warten oder liegt eine ohne Verschulden der Arbeiter herbeigeführte Betriebsunterbrechung vor, so wird ebenfalls Unterstützung gezahlt. Die Karenzzeit für die Unterstufung bei Arbeitsdifferenzen wurden auf 6, 13 und 26 Wochen festgelegt. In denjenigen Orten, wo Bezirksbeamte ihren Sitz haben, sind die Legitimationen zum Rechtschutz von diesen Beamten auszuhandigen. Eine ausgedehnte Bepfändung rief die Zeitungsfrage hervor; der Inhalt soll sozialpolitisch möglichst bereichert werden. Abgelehnt wurde der Beitritt zur Internationalen Textilarbeiterföderation.

Als Vorort des Gewerkschafts wurde Spremberg mit 13 Stimmen wiedergewählt; auf Gera fielen 6, auf Cottbus 2 Stimmen. Die Anstellung von Bezirksleitern wurde dem Hauptvorstand übertragen, ebenso die Unterstützung von Verbandssekretariaten. Für den Jugendbund der Deutschen Gewerkschaften bewilligte man für die nächsten 3 Jahre einen Betrag von 100 Mk. jährlich. Nach herzlichem Dank an die geschäftsführenden Beamten für ihre treue, aufopfernde Tätigkeit wurden Carl Ulrich als Vorsitzender des Hauptvorstandes und Redakteur der „Deutschen Textilarbeiter-Zeitung“, Kurt Reichelt als Hauptchriftführer und Max Bierhub als Hauptkassierer durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Weiter wurden gewählt als Hauptvorstandsmitglieder am Vororte Spremberg die Kollegen Karas, Messer, Dommaschek und Bär, als auswärtige Hauptvorstandsmitglieder Rees-Chemnitz, Stein-Abolba, Girndt, Berge-Forst, Wolf-Blauen, Prinz, M.-Glabach, Voit-Münchberg, Berger-Cottbus und Braun-Laden, als Ortsleiter Rölcher, Berke, Ratusch-Forst, Käfer-Laden, als Hauptkassiererehren die Kollegen Budig, Pluschid und Rutsch-Spremberg, als Zentralratsvertreter Hauptchriftführer Reichelt-Spremberg und Hartmann-Berlin, als Stellvertreter Hauptkassierer Bierhub und Krätzig-Berlin, als Verbandsratsabgeordnete Hauptchriftführer Reichelt und Berger-Cottbus, als Stellvertreter Hauptvorstehender Ulrich und Rees-Chemnitz.

Als Tagungsort für die 16. ordentliche Generalversammlung im Jahre 1917 wurde einstimmig Berlin gewählt und sodann nach einer Ansprache des Verbandsvertreters Kollegen Lewin die Generalversammlung vom Vorsitzenden Rees-Chemnitz mit einem Hoch auf den Gewerkschaft der Textilarbeiter und den Verband der Deutschen Gewerkschaften am Donnerstagmittag 2 Uhr geschlossen.

### 10. Generalversammlung des Gewerkschafts der Deutschen Bäcker und Konditoren.

Am ersten Osterfeiertage traten im Verbands-hause zu Berlin die Delegierten des Gewerkschafts der Deutschen Bäcker, Konditoren usw. zur 10. Generalversammlung zusammen. Nachmittags 4 Uhr eröffnete der Hauptvorstehende Lorenz-Berlin die Tagung mit freundlichen Begrüßungs-worten an die Delegierten und den Vertreter des Verbandes, Verbandssekretär Neufeldt. Das Bureau konstituierte sich wie folgt: Vorsitzender Johannes-Berlin, Stellvertreter Scheffler-Berlin und Schriftführer Kaping-Berlin. Nach der üblichen Prüfung der Mandate und der endgültigen Festsetzung der Tagesordnung wurde sofort in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Zunächst erstatteten die Kollegen Rudolph und Scheffler eingehende Tätigkeitsberichte, die sich namentlich mit den Schwierigkeiten befassen, die sich der Agitation unter den Bäckern und Konditoren entgegenstellen. Ungünstige Arbeitsverhältnisse, lange Arbeitszeiten töten in der Geisteswelt das Streben, durch eine straffe, auf bürgerlichem Boden stehende Organisation zu besseren Verhältnissen zu kommen. Die starke gelbe Bewegung und das vollständige Ver-lagen der Sozialpolitik tun das Uebrige. Das Streben, trotz der ungünstigen Arbeitsverhältnisse etwas vom Leben zu haben, treibt die jüngeren

Kollegen in Vergnügungsvereine, die zum Ueber-fluß einen Ständebüchel großziehen, der sich wie ein Presshof dem Drängen nach besseren Verhält-nissen entgegenstellt. Trotzdem ist in Süddeutsch-land der Grundstein gelegt worden für eine Organi-sierung der Bäcker an diesen Gewerkschaften. Es sind zwar auch dort noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten zu beseitigen. Das Verhalten ein-zelner Kollegen in dieser Bewegung ist der Ent-wicklung derselben nicht günstig gewesen. Die Mittel des Gewerkschafts sind für die Agitation in diesem Gebiet stark in Anspruch genommen wor-den. Auch in Mitteldeutschland hatte es den An-schein, als ob eine starke Bäckerbewegung im An-schluß an den Gewerkschaft zum Westen der Ge-birgskette entstehen würde. Gewalttakte der Meister, die ein freies Koalitionsrecht nicht aner-kennen wollten, und vor allem die künstlich in die-streike der Bäcker hineingetragene Zersplitterungs-tendenz hinderten aber auch hier die Entwicklung. An Lohnbewegungen war der Verein nochmals be-teiligt. Tarifabschlüsse sind in diesem Gewerbe ziemlich schwierig. Die Arbeitslosigkeit lastete schwer auf den Gewerkschaften und gab die Ver-anlassung für größere Ausgaben. Die Ruhetags-frage wurde von dem Hauptvorstand nochmals er-örtert. Leider werden die Bäcker und Konditoren immer seitens der Geseßgebung als Stiefkinder betrachtet.

Eine rege Diskussion brachte manche Ergän-zung des Tätigkeitsberichts. Den Klassen-bericht erstattete Kollege Kaping. Die Ge-samtausgaben betragen in der Berichtsperiode 4032,42 Mk. Dem Hauptvorstande wurde Ent-lastung erteilt.

Ueber die „Ruhetagsfrage“ referierte sodann Kollege Johannes-Berlin. In aus-führlicher Weise gab der Referent einen Ueberblick über die Stellung der Geseßgebung zur Ruhetags-frage im Bäcker- und Konditorgewerbe. Die Geseß-ggebung hat für die Industriebeschäftigten Schutz-ordnungen geschaffen, die teilweise den Schutzbedürf-tigen im Handwerk nicht zugute kommen. Das Widerstreben der Meister gegen jeden gesetzlichen Eingriff in die Arbeitsverhältnisse sei dafür mit-verantwortlich zu machen. Die Schäden der Nacht-arbeit sind erkannt; trotzdem komme den Gehilfen nicht einmal der Ruhetag zugute, der für alle Ar-beiter gegeben ist. Auch für die Badegesellen, für das gesamte Gewerbe müßte durch Gesetz zur Wahrheit werden, was schon die Bibel sagt: „Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten ruhen!“ Ob ein Nachverbot oder eine andere ge-setzliche Maßnahme das Zweckmäßigere sei, ließ der Referent dahingestellt. Die Erzielung eines Ruhetages müßte durchgesetzt werden, nicht nur im Interesse der Gehilfen, sondern auch des Ge-werbes selbst. In einer Resolution wurde der Hauptvorstand aufgefordert, die Frage ständig im Auge zu behalten. Die Agitation zur Stärkung der Organisation wurde als das beste Mittel zur Erlangung eines Ruhetages gehalten. In der Sozialpolitik werde gewöhnlich gelehrt erst fest-gelegt, was auf dem Wege der Selbsthilfe bereits erungen wurde.

Die Beratung der Anträge zum Statut brachten eine wesentliche Änderung desselben nicht. Die Beitragsfrage wurden auf 20, 30 und 40 Hg. festgelegt. Eine Veränderung der Unter-stufungseinrichtungen wurde nur insoweit herbei-geführt, als in Zukunft dem Hauptvorstand das Recht zusteht, bei wiederkehrender periodischer Ar-beitslosigkeit die Unterstützung abzulenken zu kö-nnen. Mit den Ortsvereinen soll in Zukunft monat-lich abgerechnet werden. Die Organ-frage wurde eingehend behandelt. Zahlreiche Wünsche auf Ausbau des Organs lagen vor. Schließlich wurde beschlossen, eine Prekominmission mit der Redigierung des Organs zu beauftragen. Diese soll auch die Frage des Ausbaues des Organs vorbereiten, die Grundlagen dafür schaffen und mit dem Hauptvorstand gemeinsam diesbezügliche Beschlüsse fassen.

Bezüglich der Stellenbermittlung sprach sich der Delegiertentag, nach einem Referat von Berlin-Grannfurt a. M., für unparteiisch geleitete, mit den Arbeitgebern gemeinsam ge-schaffene Arbeitsnachweise aus. Das Endziel der Bestrebungen müsse sein, gemäß den Be-schlüssen des Verbandstages, die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweisfrage. Wo gemeinsame Ar-beitsnachweise nicht zustande zu bringen sind, muß die Stellenbermittlung auf dem Wege der Selbst-hilfe durch den Ortsverein im Interesse der Mit-glieder in die Hand genommen und durchgeführt werden. Die Frage der Agitation, die Kollege Nowak-Berlin behandelte, wurde eingehend beraten. Der Meinarbeit soll ganz besondere Be-achtung geschenkt werden. Unter allgemeinen An-

trägen nerabde zu entz eine T Mitglv Als einstin tung 1. Gau treter Joha wählt Bäcker im ver hand f für die begeuü vereiu Beratu sonnte des 2. Abend Berlin grüßw

gestellt Eine G die Be eine Rückst lucht. Mitzei Verzei für, d Gleich die sel Bestell haupt

Sozial Reform gibt d leien. Mann e p f Klassen die Re tendern nannt gelege muß, selbst betrei

franc lächel mehr ernst io mü Mann Kund von d jeden wird Boden größte dafür so ma nachl lungu geben heit Orts freih recht

ibre i am Meid den i zu g Mein Neid Besch hoch auf

zu Aus betr

tragen wurde beschlossen, die Delegierten zur Generalversammlung in Zukunft aus der Hauptkassette zu entlassen. Die Mittel hierfür sollen durch eine Delegiertensteuer, die jährlich 50 Pfg. pro Mitglied beträgt, aufgebracht werden.

Als Sitz des Vereins wurde Berlin einstimmig wiedergewählt. Die Wahlen der Leitung des Vereins ergaben folgendes Resultat: 1. Hauptvorsitzender Hiller-Berlin, Stellvertreter Scheffler-Berlin, Hauptschriftführer Johannes-Berlin und Hauptkassierer Kaping-Berlin. Nachdem noch die Beisitzer gewählt waren, wurde beschlossen nach Stärkung der Bäderbewegung im Anschluß an den Verein, diese im verstärkten Maße zur Mitarbeit im Hauptverband heranzuziehen. Mit dem Gelöbnis der Treue für die gute Sache der Gewerkschaften und einem begeistert aufgenommenen Vorschlag auf den Gewerkschaften gingen die Delegierten auseinander. Die Beratungen, die am 1. Osterfeiertag begannen, konnten trotz eifriger Arbeit erst am späten Abend des 2. Feiertages zu Ende geführt werden. Am Abend des ersten Verhandlungstages hatten die Berliner Ortsvereine eine eindrucksvolle Begrüßungsfeier veranstaltet. —dt.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 21. April 1914.

Das Verbands-Adressenverzeichnis ist fertiggestellt und zum Teil bereits verandt worden. Eine große Zahl von Ortsverbänden hat rechtzeitig die Bestellungen für die angeschlossenen Ortsvereine gemacht. Ein Teil aber ist damit noch im Rückstand. Diese Ortsverbände werden jetzt ermahnt, so schnell wie möglich dem Verbandsbureau Mitteilung zugehen zu lassen, wieviel Adressen-Verzeichnisse gewünscht werden. Der Betrag dafür, 20 Pfg. pro Exemplar, ist bei der Bestellung gleich mit einzuliefern. Diejenigen Ortsverbände, die jetzt nicht noch das Verzeichnis nachholen und die Bestellungen machen, laufen Gefahr, daß sie überhaupt kein Adressenverzeichnis erhalten.

Die große Rundgebung zur Förderung der Sozialpolitik, die von der Gesellschaft für Soziale Reform für den 10. Mai in Berlin geplant ist, gibt dem „Vortwärts“ Anlaß zu allerlei Vorgelegen. Gewiß bedeute es einen Gewinn, wenn Männer wie der Staatsminister Dr. Frhr. v. Beringe und Prof. Dr. Franke den bestehenden Klaffen einmal öffentlich ins Gewissen reden und die Regierung an ihre Pflicht gegenüber den arbeitenden Massen erinnern. Aber — so meint das genannte Blatt — es sei klar, daß der Wert solcher gelegentlichen Rundgebungen umso geringer sein muß, je lässiger und grundhaltiger die Verantwortlichen selbst in ihrem sonstigen Tun die soziale Reform betreiben.

Männer wie Frhr. v. Beringe und Prof. Franke werden über eine solche Bemerkung lächeln. Vom „Vortwärts“ kann man eben nicht mehr verlangen. Wenn es dem Blatt wirklich ernst wäre um die Förderung der sozialen Reform, so müßte es erstreut sein darüber, daß einflußreiche Männer aus bürgerlichen Kreisen eine solche Rundgebung veranstalten. Aber nein! Was nicht von der Sozialdemokratie ausgeht, das muß von jedem Kreis heruntergeholt werden. Die Folge wird hoffentlich sein, daß die auf nationalem Boden stehenden Arbeiter Berlins jetzt mit umso größerer Energie an die Arbeit herangehen und dafür sorgen, daß jene Versammlung am 10. Mai so massenhaft besucht wird, daß sie wirklich eine machtvolle Rundgebung bildet. Das Versammlungslokal wird in aller nächster Zeit bekannt gegeben. Wir möchten aber auch bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, daß unsere Ortsvereine von Groß-Berlin sich den 10. Mai freihalten und dafür sorgen, daß ihre Mitglieder recht zahlreich die Versammlung besuchen.

Die „Deutsche Volksversicherung A.-G.“ hält ihre erste ordentliche Generalversammlung am 12. Mai d. J. zu Berlin im Reichstagsgebäude ab. Die Versammlung wird den Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1913 zu genehmigen haben; ferner soll sie ihre Zustimmung zur Uebertragung weiterer Aktien an eine Reihe von Vertragsorganisationen erteilen und Beschluß über einen Antrag auf Erhöhung der höchstzulässigen Versicherungssumme von 1500 Mk. auf 2000 Mk. fassen.

Arbeiterbewegung. In Berlin sind die Autodroschkenfürer zum Teil in den Ausstand getreten. In erster Linie sind die Kleinbetriebe von der Bewegung erfaßt, während die in

den Großbetrieben beschäftigten Chauffeure weiter ihren Dienst versehen. — Die Bewegung der Brauereiarbeiter in Berlin ist endgültig erledigt, nachdem von beiden Seiten der Tarifvertrag unterzeichnet worden ist. — In Mannheim waren die in den Fuhr- und Expeditionsgeheimnissen beschäftigten Kutsher wegen Ablehnung eines neuen Tarifvertrages in den Streik getreten. Jetzt ist es durch Zugeständnisse der Unternehmer zu einer Einigung gekommen und die Arbeit wieder aufgenommen worden. — Die Landschaftsgärtner in Hamburg und Umgebung, etwa 300 an der Zahl, haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer sich weigerten, mit ihnen in Verhandlungen zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten. — Der Abwehrstreik der Former und Gießereiarbeiter bei der Firma Adermann u. Co. in Gasse dauert unverändert fort. Die Firma ist eifrig bemüht, Arbeitswillige heranzuziehen, hat aber damit keinen Erfolg. Aufgabe der Arbeiter ist es, überall darauf zu achten, daß nicht Streikarbeit angefertigt wird. Die Modelle der Firma Adermann tragen die Zeichen A. G. und einen Stern. — Die Unternehmer des Wagenbaugewerbes in München haben den Tarif gekündigt und gleichzeitig dem Gewerbegericht mitgeteilt, daß sie einen neuen Tarif nicht abschließen werden.

Die in den staatlichen Tabakmanufakturen Italiens beschäftigten Zigarrenarbeiter sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten. — Die Eisenbahnerbewegung in Italien nimmt ihren Fortgang. Ob es zum Streik kommt oder nicht, ist noch immer zweifelhaft.

Gegen die freien Gewerkschaften ist nicht allein der Polizeipräsident von Berlin vorgegangen, sondern auch an anderen Orten ist der Versuch unternommen worden, sie als politische Vereine zu erklären. Das ist ein Beweis dafür, daß der Vorstoß von höherer Stelle, d. h. vom preussischen Ministerium des Innern, ausgeht. So es gibt sogar Leute, die da wissen wollen, man beachtliche, die Gewerkschaften im ganzen Reich als politische Organisationen hinzustellen und danach zu behandeln. Die bayerische Zentrumspresse hat neuerdings mehrfach solche Anhebungen gemacht. Ein Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ hat sich daraufhin mit dem bayerischen Ministerium des Innern in Verbindung gesetzt und angefragt, was es mit diesen Gerüchten auf sich habe. Darauf ist ihm ernsthaft und wiederholt erklärt worden, daß man sich im Ministerium mit der Gewerkschaftsfrage überhaupt nicht beschäftigt und sie gar nicht erörtert habe. Danach scheint es, daß in Bayern zunächst der Wind gegen die freien Gewerkschaften noch nicht so stark weht wie in Preußen. Auf alle Fälle — das sei auch heute noch einmal gesagt — muß im Reichstage ein deutliches Wort gesprochen und mit aller Energie darauf hingewirkt werden, daß diesem ungeheuerlichen Vorgehen ein Ziel gesetzt wird.

Ausländische Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft. Wie die deutsche Arbeiterzentrale über ihre Vermittlung von ausländischem und einheimischem Personal an die Landwirtschaft berichtet, hat sie für den Monat Februar an ausländischen Arbeitern in ganz Deutschland 11 697 an die Landwirtschaft, 674 an die Industrie vermittelt. Die großen Kontingente, welche diese Zahl ausmachen, wurden zum allergrößten Teil in Preußen vermittelt, nämlich fast 11 000. Dem stand für den gleichen Monat in Preußen nur die lächerlich geringe Zahl von 2123 vermittelten einheimischen Arbeitern gegenüber. Das „Zentralblatt der Preussischen Landwirtschaftskammern“ bemerkt dazu, daß ein gegen frühere Jahre auffallend starker Zustrom ausländischer Arbeiter aus Galizien und Ungarn einsetzte. Das Kontingent an Ruthenen stellt allein 7865 Personen. Auch russisch-polnische Arbeiter kamen schon außerordentlich zahlreich über die Grenze, und alle diese Leute wollten hauptsächlich in landwirtschaftlichen Betrieben ihr Unterkommen finden. Diesem Massenangebot steht aber naturgemäß in der jetzigen Jahreszeit nur ein verhältnismäßig beschränkter Bedarf gegenüber. Wie wird das erst werden, wenn die Wanderarbeiter aus Rußland über die ost- und westpreussische Grenze kommen, welche hauptsächlich aus Männern bestehen. An der schlesisch-polnischen Grenze wurde der Zustrom von Tag zu Tag größer und verstärkte sich dertort, daß es nicht immer möglich war, alle die Leute unterzubringen. An der österreichisch-galizischen Grenze gestaltete sich das Angebot von Arbeitern im ganzen Monat so stark, daß sie nur mit Mühe und unter

Zuhilfenahme späterer Aufträge untergebracht werden konnten. Im trassen Gegensatz zu dieser Ercheinung steht die weitgehende Arbeitslosigkeit deutscher, einheimischer Arbeiter.

Den Niedergang des Syndikalismus in Frankreich bestreiten auf das deutlichste die Berichte, die von den Führern des radikalen Bauhandwerkerverbandes dem Kongresse der syndikalistischen Gewerkschaften vorgelegt worden sind. Gerade die Bauhandwerker bildeten lange Zeit die mächtigste Gruppe der „Union der Syndikate“. Nach den Angaben seines Generalsekretärs zählte jener Bauhandwerkerverband im Oktober 1910 noch annähernd 87 000 Mitglieder; im Vierteljahr später, nach dem Solidaritätsausstand mit den Eisenbahnern, war die Zahl auf 72 000 gesunken, 1913 auf noch nicht 53 000, und nach den jetzigen Ausweisen beträgt sie nur wenig über 45 000. Das ist ein Rückgang um beinahe die Hälfte. In demselben Maße, ja vielleicht noch stärker, haben sich die finanziellen Verhältnisse verschlechtert. Die Kasse hat nur noch einen Bestand von 1676 Fr. Diese Ercheinungen führt nach der „Frankf. Ztg.“ der Generalsekretär auf die zahlreichen Bewegungen für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen in den letzten Jahren zurück. Tatsächlich aber haben jene vollständig zwecklosen Ausstände Tausende von Arbeitern brotlos gemacht. Die besonnenen Elemente sind dadurch abgelenkt worden, und so hat sich die Zahl der Syndikalisten von Jahr zu Jahr vermindert. Mit den leeren Versprechungen, daß jetzt die Aera der Schwierigkeiten für die Arbeiter dank dem Syndikalismus ihrem Ende zugeführt werde, wird man sicherlich den Niedergang des Syndikalismus in Frankreich nicht aufhalten können.

Die Zentralkasse für Lehrstellenvermittlung in Berlin, Am Köllnischen Park 3, vermittelt unentgeltlich Lehrstellen für Knaben und Mädchen. Die Finanzspruchnahme zum Ostertermin war wiederum eine sehr rege. Verherrern aller Berufsstände, des Handwerks, des Handels und der Industrie, welche noch nicht mit einem passenden männlichen oder weiblichen Lehrling versehen sind, finden in der Zentralkasse (Telephon: Moritzplatz 4690-4693) auf mündliche oder schriftliche Meldung jederzeit geeignete Bewerber oder Bewerberinnen vorgemerkt. Ebenso können Knaben und Mädchen, die noch keinen Beruf ergriffen haben, jederzeit in Lehrstellen untergebracht werden. Auf eingehende Berufsberatung wird besonderer Wert gelegt. Die Sprechstunden sind im Monat April täglich von 9-12 und von 4-7 Uhr.

### Gewerkevereins-Teil.

Reilbronn. An den Osterfeiertagen hatten sich hier die Vertreter der württembergischen Ortsvereine eingefunden. Am 1. Feiertag Abend fand eine zwanglose Zusammenkunft statt, bei der die Kollegen Fuchs-Gannstatt und Fischer-Reilbronn ausgeschiedene Ansprachen hielten. Die eigentliche Landesversammlung begann am 2. Feiertag morgens und war gut besucht. Nach einigen Begrüßungsansprachen gab Kollege Fuchs einen Bericht über die Tätigkeit des Landesverbandes, der ein günstiges Bild der Entwicklung zeigte. Redner beschäftigte sich eingehend mit den sozialen Wahlen, für die er im allgemeinen ein Zusammengehen mit den christlichen Gewerkschaften empfahl. Troßdem aber soll von Fall zu Fall die Entscheidung getroffen werden, da man an mehreren Orten, wie in Stuttgart und Tübingen, recht schlechte Erfahrungen mit den Christlichen gemacht hat. Um die Leistungsfähigkeit des Landesverbandes zu stärken, wurde vorgeschlagen, pro Jahr und Mitglied 12 Pfg. an ihn abzuführen. Eine lebhafteste Aussprache knüpfte sich an die Frage, wie man die Öffentlichkeit mehr für unsere Organisation interessieren und bessere agitatorische Erfolge erzielen könnte. Von der Gewerbeinspektion war inzwischen Herr Gewerbeinspektor Hugel erschienen, der eine mit großem Beifall aufgenommene Begrüßungsansprache hielt. Zu erwähnen ist noch, daß auch die Frage der Jugendorganisation erörtert und dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, man möchte der heranwachsenden Jugend in den Gewerkevereinen größere Aufmerksamkeit zuwenden. Als Ort der nächsten Tagung wurde Reutlingen bestimmt.

Nach Schluß der Landesversammlung fand eine öffentliche Versammlung statt, in der zunächst Kollege Gleichauf-Berlin, der als Vertreter der Verbandsleitung anwesend war, über die Bedeutung des Koalitionsrechtes und die ihm drohenden Gefahren sprach. Der Redner gab einleitend einen Überblick über die Entstehung des Koalitionsrechtes und seine Bedeutung für das wirtschaftliche und soziale Leben der Arbeiter. Die Arbeiterbewegung sei über den Kampf um Brot und kürzere Arbeitszeit hinausgewachsen; sie werde zum Kampf um höheres Menschen-tum überhaupt, und das Werkzeug in diesem Kampfe, das Koalitionsrecht, werde umso schärfer verteidigt, je höher die Lebensauffassung der Arbeiter sich entwickelt hat. Daß das Koalitionsrecht bisweilen miß-

braucht werde, haben die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften selbst oft genug erfahren...

Männer aus gebildeten Ständen nötig bedarf, die sich nicht scheuen, um der Gerechtigkeit und Gütlichkeit...

Verbands-Teil

Versammlungen

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221/22. Mittwoch, 22. April...

Die Landesversammlung der Gewerkschaften erklärt sich gegen jede Einschränkung des Koalitionsrechtes...

Krausheim. Inseze Ortsverbandversammlung am 6. April nahm zu zwei wichtigen Fragen Stellung...

Orts- und Regionalversammlungen. Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr...

In einer öffentlichen Versammlung, die von unserer Seite nach Wahlhof einberufen war, hatte Herr Dr. Lehmann über Arbeitswilligenschein gesprochen...

Orts- und Regionalversammlungen. Dresden (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr...

Berne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung im Bld. Wdh. Rube, Bahnhof, gegenb. der evang. Kirche...

Literatur

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten...

Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein Jahrgang 1913 auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken 5, sonst 7 Mark

Offen (Hube). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendbrot, Nachtlosgeld und Morgentasse...

Wiesing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reisenerhaltung 75 Pfg. bei H. Bimmermann, Krusenstraße 17.

Schwaberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterbringung bei G. Schauble, Schwaberg, Bernstr. 104 und Hesse Schütz.